

Pressemitteilung

Potsdam, 25. Januar 2012 / 011

Gedenkveranstaltung des Landtages und der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten am 27. Januar 2012 in Sachsenhausen

In diesem Jahr erinnern Landtag und Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten am Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2012 in besonderer Weise an die mehr als 250 jüdischen Opfer einer Mordaktion der SS am zentralen Gedenkort „Station Z“, an dem auch in diesem Jahr Landtagspräsident **Gunter Fritsch** eine Gedenkrede halten und die Kranzniederlegung stattfinden wird.

Der Direktor der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten **Prof. Dr. Günter Morsch** wird in seiner Einführung den Anlass für die kaltblütige Mordaktion am 28. und 29. Mai 1942 in Sachsenhausen schildern. **Dr. Adam König**, Überlebender des KZ Sachsenhausen und Zeitzeuge der Mordaktion, wird im Gespräch mit **Stephan J. Kramer**, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, von seinen Erinnerungen an das Geschehene berichten.

An der Veranstaltung nehmen auch die Vizepräsidentin des Landtages Brandenburg Gerrit Große, Fraktionsvorsitzende sowie weitere Abgeordnete des Landesparlaments teil.

Beginn

Freitag, 27. Januar 2012, 11:00 Uhr,

**Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen,
Veranstaltungsraum in der ehemaligen Häftlingswäscherei,
Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg**

Kranzniederlegung am zentralen Gedenkort „Station Z“

Landtagspräsident Fritsch bezeichnet es als besonders verdienstvoll, dass „...wir uns in jedem Jahr den Umfang des Grauens anhand des Schicksals bestimmter Opfergruppen verdeutlichen.“ In diesem Jahr sind es mehr als 250 jüdische Opfer, die von der SS am 28. und 29. Mai 1942 erschossen worden sind.

Für die Erschießung „jüdischer Geiseln“ im KZ Sachsenhausen wurde von den Nationalsozialisten der am 18. Mai 1942 von zwei kommunistischen Widerstandsgruppen verübte Brandanschlag auf

**Bei Rückfragen wenden
Sie sich bitte an:**

Pressesprecherin
Katrin Rautenberg

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam

Telefon 0331 966-1002
Mobil 0175 7235007
Fax 0331 966-1005

pressestelle@landtag.brandenburg.de
www.landtag.brandenburg.de

die Propagandaexposition „Das Sowjetparadies“ im Berliner Lustgarten zum Anlass genommen. Unter den schon kurz darauf von der Gestapo Verhafteten befanden sich mehrere Personen jüdischer Herkunft. Als Vergeltung ordnete der Reichsführer SS Heinrich Himmler die Erschießung „jüdischer Geiseln“ an. Neben 96 Häftlingen des KZ Sachsenhausen wurden weitere 154 Opfer aus einer Gruppe von Berliner Juden ausgewählt, die von der Gestapo als Reaktion auf den Brandanschlag am 27. Mai als „Geiseln“ verhaftet worden waren.

Fritsch: „Mit dem jährlichen Gedenken halten wir die Erinnerung an die Geschichte wach und verneigen uns vor allen Opfern des menschenverachtenden Nationalsozialismus. Es geht nicht nur um Schuldbekennnisse, sondern darum, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.“

Unter Hinweis auf die rechtsterroristische Mordserie, die ganz Deutschland in jüngster Vergangenheit erschüttert hat, macht Fritsch die Aktualität seiner Forderung deutlich: „Allen muss klar sein, dass die Ideologie der Rechtsextremisten vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Massenmorde einen Angriff auf die demokratischen Grundlagen unseres Zusammenlebens in Deutschland und der Europäischen Union darstellt. Kernstück der politischen Bildungsarbeit muss daher die Pflege der Erinnerung an das sein, was der Rechtsextremismus im vergangenen Jahrhundert in Deutschland angerichtet hat. Dazu legen insbesondere die Stätten des NS-Terrors in Ravensbrück, Sachsenhausen und Brandenburg an der Havel Zeugnis ab. Unserer Jugend muss vermittelt werden, wozu es führen kann, wenn die Gleichwertigkeit aller Menschen in Frage gestellt wird. Die Pflege der Erinnerungskultur sollten wir nicht als historische Last, sondern als große Chance begreifen“, so der Landtagspräsident in seiner Gedenkansprache.

Hintergrund

Seit Einführung dieses Gedenktages durch Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog am 3. Januar 1996 begehen im Land Brandenburg der Landtag und die Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten **jährlich am 27. Januar in Sachsenhausen**, dem Ort, an dem unfassbare Verbrechen der Nationalsozialisten an wehrlosen Menschen verübt worden sind, eine gemeinsame Gedenkveranstaltung.

Das KZ Sachsenhausen nahm seit 1938 im System der nationalsozialistischen Konzentrationslager eine Sonderstellung ein. Das Modell- und Schulungslager in der Nähe der Hauptstadt Berlin wurde zu der Verwaltungszentrale für alle Konzentrationslager im deutschen Machtbereich. Zwischen 1936 und 1945 waren hier mehr als **200 000 Menschen aus 40 Nationen** inhaftiert: Politische Gegner des Regimes,

Angehörige der von den Nationalsozialisten als rassistisch oder biologisch minderwertig erklärten Gruppen, ab 1939 auch Bürger der besetzten Staaten Europas.

Seit 1997 engagiert sich das Land **Brandenburg** um den Aufbau einer Zivilgesellschaft gegen den Rechtsextremismus und seit 1998 werden durch das Handlungskonzept **Tolerantes Brandenburg** Aktivitäten des Staates und der Zivilgesellschaft koordiniert. In zahlreichen landesweit durchgeführten friedlichen Aktionen haben die Demokraten gezeigt, dass Rechtsextreme und ihre menschenverachtende Ideologie im Land Brandenburg **nichts zu suchen haben**.